

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Gang der Darstellung.....	9
§ 3 Die freien Berufe	11
A. Die freien Berufe in permanenter Abgrenzungsproblematik	11
B. Versuche einer Abgrenzung und näheren Beschreibung.....	17
I. Von der Resignation zur Enumeration	17
II. Versuche einer Definition des „Begriffs“ freier Beruf	18
III. Der freie Beruf und die Denkform des Typus.....	23
1. Grundlagen	23
2. Empirischer Gestalttypus – logischer Idealtypus – axiologischer Idealtypus	34
3. Die Unterscheidung zwischen Berufsstand und einzelinem Berufsangehörigen.....	36
4. Die typischen Merkmale	38
1. Merkmal: Es werden persönliche Leistungen und Ergebnisse persönlicher Leistungen erbracht.....	40
2. Merkmal: Es werden ideelle Leistungen und Lieferungen erbracht.....	42
3. Merkmal: Die Tätigkeit erfolgt eigenbestimmt in sachlich-persönlicher Weisungsfreiheit und eigenverantwortlich.	44
4. Merkmal: Die Leistungen und Lieferungen werden in wirtschaftlicher Selbstständigkeit erbracht	46
5. Merkmal: Die Berufsausübung erfordert eine qualifizierte Ausbildung und/oder eine schöpferische Befähigung.....	49
6. Merkmal: Es besteht ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Freiberufler und Auftraggeber	52
a) Der Persönlichkeitsbezug	52
b) Das Wissensgefälle (die Kompetenzkuft)	54
c) Der individualisierende und der berufsfunktionale Ansatz	57
7. Merkmal: Die Berufstätigkeit unterliegt dem ausdrücklichen Postulat, altruistisch, nicht egoistisch motiviert zu sein	59
a) Die Verpflichtung zur Zurückstellung des Gewinnstrebens ..	59
b) Die besondere Verpflichtung auf das Interesse des Auftraggebers, des Standes und das Gemeinwohl	63
8. Merkmal als These und Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung: Den freiberuflichen Berufsständen wird von seiten der Gesellschaft Autonomie in der Normierung und Interpretation beruflicher Verhaltensstandards sowie in der Ahndung ihrer Verletzung gewährt.	67

a) Der (berufs-)politische Ansatz und Vorbemerkungen zum weiteren Vorgehen	67
b) Die Autonomie der freien Berufsstände aus soziologischer Sicht	70
c) Erste Hinweise auf das Bestehen spezifisch freiberuflicher Autonomie in der geltenden Rechtsordnung	79
5. Der Kreis der freien Berufe und normative und strukturelle Subtypen	86
a) Der Kreis der freien Berufe	86
aa) Überblick	86
bb) Die Typzugehörigkeit von Apotheker und Notar als Beispiel	88
b) Subtypen	96
aa) Die künstlerischen und publizistischen Berufe	97
bb) Die freien wissenschaftlichen Berufe	98
cc) Die klientenabhängigen Berufe	98
dd) Die verkammerten freien Berufe	100
6. Zum Verhältnis freie Berufe – Professions und zum Begriff „Professionalisierung“	103
C. Der gesellschaftspolitisch-historische Hintergrund des heutigen Typus freier Beruf	110
I. Überblick	110
II. Der Kristallisierungspunkt: Die Verbeamung klassischer freier Berufe zu Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts	113
1. Die Staatsdienerstellung der Anwälte	114
2. Die Inpflichtnahme der Ärzte	117
III. Der Kampf um die „Freiheit vom Staat“ und die gesellschaftspolitische Konzeption der Selbstdisziplin	121
1. Die Anwaltschaft	124
2. Die Ärzteschaft	129
IV. Die Besinnung auf das „Besondere“ zur Abgrenzung vom Gewerbe	132
1. Die Entwicklung	132
2. Der Rückgriff auf antike Vorstellungen und die Bedeutung der „operae liberales“	138
D. Zusammenfassung	148
§ 4 Erste Charakterisierung des Standesrechts: Abgrenzungen und Überschneidungen	151
A. Der Berufsstand als sachbezogener Anknüpfungspunkt des Standes“sonder“rechts	151
B. Positivistische Abgrenzung: Unmittelbar-staatliches Berufsrecht – unterstaatliches (sublegales) Standesrecht	155
I. Begriffsfestsetzung	155
II. Standesrecht nur als Teil des öffentlichen Rechts?	160
III. Abhängigkeiten und Rivalitäten zwischen (staatlichem) Berufsrecht und (sublegalem) Standesrecht	163

C. Der Begriff des Standesrechts in seinem Verhältnis zu den Terminen Standesregel, Standespflicht, Standesordnung	171
D. „Echtes“ – „unechtes“ Standesrecht unter dem Gesichtspunkt einer Übereinstimmung mit der allgemeinen Überzeugung der Standesgenossen?	173
E. Inhaltliche Unterscheidung	174
I. Materielles Standesrecht – formelles Standesrecht; „Standesordnung“ als Bezeichnung für Kompendien materieller Regeln	174
II. Weitere Differenzierung unter inhaltsbezogenen Kriterien?	177
F. (Standes-)Recht – (Standes-)Ethik – Deontologie	180
I. Recht – Ethik	181
II. Standespflichten – Recht – Ethik – Deontologie	186
III. Ethik – Standesethik	191
G. Zusammenfassung	193
§ 5 Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte geschriebener Standesordnungen bei den verkammerten freien Berufen	195
A. Einleitung und Überblick	195
B. Die Heilberufe	203
I. Humanärzte	203
1. Die Anfänge des Standesrechts in der Antike	203
a) Griechenland	204
b) Rom	209
2. Die Entwicklung im deutschsprachigen Raum	211
a) Einleitung	211
b) Die Zunftordnungen für die gewerblichen Heilbehandler	213
c) Die Fakultätsbestimmungen für die wissenschaftlich gebildeten Ärzte	226
d) Die Anfänge von Vereinsordnungen	230
e) Die zunehmende Verstaatlichung des Berufsordnungsrechts ...	233
aa) Die Gründe	233
bb) Die Errichtung obrigkeitlicher Kontrollinstanzen	237
cc) Die Ausbildung hoheitlichen Berufsausübungsrechts	241
f) Der Beginn des modernen Standesrechts in der Epoche der Befreiungen	248
aa) Entwicklung und Grundlagen	248
bb) Die Durchsetzung gegenüber der Obrigkeit	255
cc) Der Inhalt der neuen Form von Standesrecht	267
g) Der Beginn überregionaler Ordnungen	281
h) Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg und die Zeit des Dritten Reiches	283
i) Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg	294
k) Die Zunahme heteronomer Einflüsse auf die ärztlichen Standesordnungen	305
II. Zahnärzte und Tierärzte	311

1. Zahnärzte	313
a) Die Zeit bis 1945	313
b) Die Zeit nach 1945	318
2. Tierärzte	322
a) Die Zeit bis 1945	322
b) Die Zeit nach 1945	328
III. Apotheker	332
1. Einleitung	332
2. Die Entwicklung des Standesrechts bis 1945	339
3. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg	347
C. Rechtsanwälte	352
I. Die Untätigkeit der Anwaltschaft in der Herausbildung eigener Normen	352
1. Die Untätigkeit während der Zeit fehlender Anwaltsorganisationen	352
2. Die weitere Untätigkeit trotz der Existenz von Anwaltsvereinen und -kammern	362
II. Die ersten „Beschlüsse“ zu Einzelproblemen	374
III. Die ersten Richtlinien des Deutschen Anwaltvereins und die Richtlinien der Reichsrechtsanwaltskammer	377
IV. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg	383
D. Patentanwälte	392
I. Die Zeit bis 1945	392
II. Die Zeit nach 1945	396
E. Notare	398
I. Die Zeit bis 1945	398
II. Die Zeit nach 1945	403
F. Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	407
I. Die Zeit bis 1945	407
II. Die Zeit nach 1945	411
1. Die Zeit der Rechtszersplitterung	411
a) Die Verhältnisse in der britischen Zone	411
b) Die Verhältnisse in Baden, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Hessen-Nassau	411
c) Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone	412
d) Die Verhältnisse im Saarland	413
2. Die Vereinheitlichung des Berufsordnungsrechts	414
G. Wirtschaftsprüfer	418
I. Die Zeit bis 1945	418
II. Die Zeit nach 1945	424
1. Die Zeit der Rechtszersplitterung	424
a) Die Länder ohne neues Berufsausübungsrecht	424
b) Die Verhältnisse in Baden, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Hessen-Nassau	425
c) Die Verhältnisse in der amerikanischen Zone	425

d) Die Verhältnisse in der britischen Zone	425
2. Die Vereinheitlichung des Berufsordnungsrechts	427
H. Architekten	430
I. Einleitung	430
II. Die Entwicklung des Standesrechts bis 1945	431
III. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg	435
I. Beratende Ingenieure	440
K. Die Verhältnisse bei den Seelotsen	444
L. Zusammenfassung und Ausblick	449
§ 6 Funktionen von Standesordnungen der Kammern und privatrechtlichen Vereine sowie Strukturbedingungen für die Herausbildung von Standesordnungen privatrechtlicher Vereine	451
A. Einleitung	451
B. Binnenfunktionen	455
I. Herausbildung eines einheitlichen Selbstverständnisses als Bedingung für und Funktion von Standesordnungen	455
II. Der präskriptiv-verhaltenssteuernde Charakter kodifizierter Standesregeln	461
III. Die lückenausfüllende Funktion von Standesordnungen	467
1. Die Abhängigkeit von obrigkeitlicher Regelungs- und Kontrolldichte	467
2. Die doppelte Subsidiarität privatrechtlicher Vereinsordnungen	470
3. Die fehlende Weisungsgebundenheit der Berufsausübung	473
IV. Standesordnungen und Berufsethos	475
1. Standesordnungen als Instrument zur Herausbildung eines besonderen Berufsethos	475
2. Die Ordnungsfunktion des Berufsethos	480
3. Gefahren schriftlicher Standesordnungen für das Berufsethos	486
V. Standesordnungen und die Existenz und Tätigkeit von Disziplinarinstanzen	487
C. Der Konkurrenzgesichtspunkt als Verbindung binnen- und außenorientierter Funktionen	494
D. Auf die Gesamtgesellschaft bezogene Außenfunktionen	497
I. Schaffung eines einheitlichen und positiven Berufsbildes bei der Allgemeinheit	497
II. Die Rechtfertigungsfunktion von Standesordnungen	505
1. Der konkret verursachte Rechtfertigungsbedarf	506
2. Der latente Rechtfertigungsbedarf der freien Berufe	508
III. Standesordnungen als Mittel zum „Aufstieg in der Professionalisierungsskala“	510
IV. Die auf den Gesetzgeber gerichteten Außenwirkungen von Standesordnungen	512

1. Die machtpolitische Funktion: Erhaltung oder Erringung von Freiheit vom Staat	512
2. Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage einer verfassungsrechtlichen Pflicht zur Ermöglichung von „private government“?	520
3. Der Gesetzgeber als mittelbarer Adressat in Anwendung der Berufsbildlehre des Bundesverfassungsgerichts	524
E. Schlußbetrachtung zum Inhalt freiberuflicher Standesordnungen	541
F. Zusammenfassung	545
§ 7 Zur rechtlichen Geltung kodifizierter Standesregeln: Standesordnungen als Rechtsquellen	549
A. Zu den Begriffen Rechtsnorm und Rechtsquelle – Einleitung und Überblick	550
B. Kodifizierte Standesregeln als heteronome Verhaltensnormen	557
I. Standesordnungen privatrechtlich verfaßter Verbände	559
II. Standesordnungen öffentlich-rechtlicher Kammern	564
III. Terminologisches zur „Autonomie“ der Berufsorganisationen	565
IV. Exkurs: Ungeschriebene Standesregeln	566
C. Kodifizierte Standesregeln und der Geltungsanspruch des Rechts	567
I. Der Ausgangspunkt	567
II. Die herrschende Ansicht: Das Fehlen des Geltungsanspruchs bei den „Richtlinien“ der Kammern	568
III. Der Geltungsanspruch des Rechts und sein Verhältnis zur „Verbindlichkeit“ und zum „Zwangsscharakter“ des Rechts	573
IV. Die praktischen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Rechtsgeltungsanspruchs einer Norm und der häufig zweifelhafte Begründungswert dieses Kriteriums angesichts der Homogenität von Erscheinungsbild, Funktion und Genese der Standesordnungen	579
1. Erkenntnisschwierigkeiten	579
2. Umsetzungsschwierigkeiten: Die Probleme der Praxis, kodifizierte Normen ohne Rechtsgeltungsanspruch anders als Rechtsnormen zu behandeln	586
D. Die Kompetenz der Standesorganisationen zur Schaffung von Rechtsnormen	594
I. Die Bedeutung der Frage nach den Befugnissen der Standesorganisationen und der unterschiedliche Legitimationsbedarf der verschiedenen Rechtssätze	594
II. Die „deskriptive“ oder „soziologische“ Rechtsquellenlehre	604
III. Die Befugnisse der Kammern	614
1. Kammerordnungen als öffentlich-rechtliche Satzungen	614
a) Prinzipielle Zulässigkeit der Autonomie öffentlich-rechtlicher Kammern nach dem Grundgesetz	614
b) Das Erfordernis hinreichend bestimmter gesetzlicher Autonomieverleihung	618

c) Die Kammergesetze der Bundesländer	629
aa) Fälle, in denen die Kompetenz zur Schaffung von Satzungen mit berufsausübungsregelndem Inhalt zu bejahen ist	629
bb) Fälle, in denen die Kompetenz zur Schaffung von Satzungen mit berufsausübungsregelndem Inhalt zu verneinen ist	634
d) Die Kammergesetze des Bundes	636
aa) Bundesrechtsanwaltsordnung	636
bb) Patentanwaltsordnung, Steuerberatungsgesetz, Wirtschaftsprüferordnung	640
cc) Bundesnotarordnung	641
dd) Gesetz über das Seelotswesen	644
2. Standesordnungen in der Form von Rechtsverordnungen	645
3. Standesordnungen als verbindliches Innenrecht im Rahmen besonderer Gewaltverhältnisse?	646
a) Einleitung	646
b) Besonderes Gewaltverhältnis zwischen Kammer und Freiberufler?	651
c) Besonderes Gewaltverhältnis und Vorbehalt des Gesetzes	659
d) Besonderes Gewaltverhältnis und freiwillige Unterwerfung	665
4. Standesordnungen als verbindliches Innenrecht aufgrund entsprechender „Selbstermächtigung“ in der Kammersatzung?	667
5. Umdeutung durch eine gesetzliche Ermächtigung nicht gedeckter Kammerordnungen in wirksame „vereinbarungsgartige Rechtsakte“?	669
6. Mögliche Gründe für die fehlenden Rechtsetzungsbefugnisse der Bundeskammern im Berufsausbübungsbereich	672
a) Verfassungsrechtliche Gründe	673
aa) Der numerus clausus des Art. 80 Abs. 1 S. 1 GG	673
bb) Das Verbot der Mischverwaltung nach Art. 87 Abs. 3 GG	675
cc) Die fehlende Mitgliedschaft der Berufsangehörigen bei einigen Bundeskammern	677
b) Außerverfassungsrechtliche Gründe	681
aa) Unmöglichkeit einer rechtssatzförmigen Festlegung der Berufspflichten?	681
bb) Fehlendes Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der fraglichen Berufe oder umgekehrt über großes Vertrauen in deren Berufsethos?	682
cc) Irrtümliche Selbstbeschränkung des Gesetzgebers und historische Gründe	683
IV. Die Befugnisse der privatrechtlichen Standesorganisationen	686
1. Die Kompetenz zur Schaffung objektiven Rechts	686
2. Standesordnungen als privatrechtliches Vereinsinnenrecht	689
a) Grundsätzliches zur Regelungsgewalt der privatrechtlichen Berufsvereine	689
b) Die Unanwendbarkeit des Gesetzesvorbehalts des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG	696

c) Generelle Beschneidung der Vereinskompetenzen bei den verkammerten freien Berufen?	699
d) Die vereinsinterne Legitimation zur Schaffung verbindlicher Standesordnungen	703
aa) Standesordnungen und Vereinszweck	703
bb) Einbindung der Standesordnungen in das vereinsinterne Normgefüge	707
(1) Die Struktur des inneren Vereinsrechts	707
(a) Die Vereinsverfassung	707
(b) Die Vereinssatzung	708
(c) Die Vereinsordnungen	711
(d) Die Gleichbehandlung von rechtsfähigem und nicht rechtsfähigem Verein	713
(2) Rechtsstatsachenbefund: Das Bedürfnis nach „Auslagerung“ einer Standesordnung aus der Satzung ..	715
(3) Notwendigkeit einer völligen Einbeziehung der Standesordnung in die Satzung?	717
(4) Das Erfordernis einer „Ermächtigungsgrundlage“ in der Satzung	722
e) Die Problematik der Standesordnungen von Dachverbänden ..	730
aa) Unmittelbare Geltung des Verbandsrechts gegenüber den (mittelbaren) Vereinsmitgliedern?	733
bb) Die Rezeption der Verbandsordnung durch den Verein ..	735
(1) Übernahme in die Vereinssatzung	735
(a) Die Problematik der statischen und der dynamischen Verweisung	736
(b) Erforderlichkeit einer korrespondierenden Bestimmung in der Verbandssatzung?	743
(2) Übernahme als Vereinsordnung	744
(a) Das Erfordernis einer satzungsförmigen Verankerung	744
(b) Die Zulässigkeit der Ermächtigung und der dynamischen Verweisung	745
(c) Erforderlichkeit einer korrespondierenden Bestimmung in der Verbandssatzung?	746
f) Die besondere Problematik der privatrechtlichen Dachverbände der Kammern: Bundesärzte-, -zahnärzte-, -apotheker-, -architekten-, -ingenieurkammer und Deutsche Tierärzteschaft e.V.	748
E. Zusammenfassung	758
§ 8 Die Befugnis der Standesorganisationen zur Schaffung von Standesordnungen ohne Rechtsgehalt	761
A. Die Befugnis der Kammern, „Richtlinien“ als „Nicht-Rechtssätze“ aufzustellen	761
I. Das Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage	761
II. Abgrenzung zur „feststellenden“ Tätigkeit anderer Kammern	770

Inhaltsverzeichnis	XV
III. Die Bestimmtheit der Ermächtigungsgrundlage	772
IV. Die Problematik der „Richtlinien“ der zur Rechtsetzung befugten Kammern	776
B. Die Befugnis der privatrechtlichen Vereine zur Schaffung von Standesordnungen ohne Rechtsgehalt	780
I. Irrelevanz eines fehlenden Rechtsetzungswillens?	780
II. Notwendigkeit einer satzungsförmigen Ermächtigungsgrundlage?	782
III. Außerrechtliche Standesordnungen von Dachverbänden	784
IV. Die Befugnis der privatrechtlichen Kammerzusammenschlüsse	785
C. Zusammenfassung	791
§ 9 Außerrechtliche Standesordnungen als Ausdruck von Gewohnheitsrecht .	793
§ 10 Sachliche Grenzen der Normierungsgewalt der Kammern	801
A. Grenzen der Satzungsautonomie	801
I. Formelle Grenzen und die Zulässigkeit parlamentarischer Konstitution von Satzungsgewalt: Grenzen für das ermächtigende Gesetz	801
1. Der Parlamentsvorbehalt als Regulativ für die Begründung von Satzungsautonomie	801
2. Die Wesentlichkeitstheorie und Kriterien zur Bestimmung des Wesentlichen	804
a) Tragweite und Gewicht der Regelung für die Allgemeinheit ..	809
b) Generelle Grundrechtsverwirklichungs- oder Grundwerterelevanz	812
c) Intensität der Grundrechtsberührungen	813
d) Flexibilität und Normierungsfähigkeit; Steigerung der Bedeutung dieser und sonstiger autonomieverbundener Gesichtspunkte bis zur Begründung verfassungsrechtlicher Delegationspflichten des Gesetzgebers im Sinne einer „Unwesentlichkeitstheorie“?	816
e) Der dynamische Aspekt der Vorbehaltsfrage	824
3. Die sog. statusbildenden Vorschriften	827
4. Beispiele für gesetzlich zu regelnde Fragen freiberuflicher Berufsausübung	829
a) Regelungen der Berufswahl	830
b) Berufsausübungsregeln	834
II. Materielle Grenzen für die Ausübung der (formell verfassungsgemäß konstituierten) Satzungsautonomie	844
1. Grundrechtsbezogene Grenzen	844
a) Die Grenze des ermächtigenden Gesetzes und des gesetzlich festgelegten Zwecks und Aufgabenkreises der Kammer	844
b) Die Gemeinwohlverpflichtung des objektiven Berufsausübungsrechts	845
aa) Die Problematik des Gemeinwohlbegriffs	845

bb) Die legislatorische Qualifikationskompetenz und die notwendige Ausrichtung berufsordnenden Kammerrechts an der gesetzlich verankerten Funktion des Berufs	851
cc) Absage an die gängige Telosisolation	861
dd) Grenzen der legislatorischen Qualifikationskompetenz	865
2. Der allgemeine Vorrang gesetzlicher Bestimmungen	872
3. Grenzen aufgrund des Kartellrechts	879
a) Grundlagen	879
b) Kartellrechtliche Immunität von Kammerordnungen wegen deren Ausrichtung auf den Schutz „vorrangiger“ Rechtsgüter? .	884
c) Die Formel vom Vorrang „staatlichen oder auf staatlicher Ermächtigung beruhenden Berufsrechts“	889
aa) Unterscheidung nach dem Inhalt des vorrangigen Gesetzes	891
(1) Die gesetzeswiederholende Wettbewerbsvereinbarung .	891
(2) Die gesetzlich zugelassene Wettbewerbsvereinbarung .	896
bb) Die drei Regelungsebenen: Gesetz – Standesrecht – Rechtsgeschäft	900
(1) Gesetzliche Regelung	900
(2) Kammersatzungen als Standesrecht	902
(3) Privatrechtliche Vereinbarungen von Freiberuflern	904
cc) Das Verhältnis der Vorrangformel zu den freien Berufen	905
dd) Die Reichweite der Vorrangformel bezogen auf Kammerordnungen als gesetzlich zugelassene Wettbewerbsvereinbarungen	906
(1) Die Notwendigkeit einer differenzierenden Fragestellung	906
(2) Die Kompetenzen der Kammern und die Auslegung der kompetenzbegründenden Vorschriften unter Berücksichtigung der Materie des GWB	909
(3) Beispiele	916
B. Sachliche Grenzen der richtlinienschaffenden Gewalt der Kammern	920
I. Die Parallele zu den Grenzen der Satzungsautonomie	920
1. Grundsätze	920
2. Die kartellrechtliche Problematik der Standesrichtlinien	922
II. Die Beschränkung der Kompetenzen einiger Kammern auf die Feststellung der „allgemeinen Auffassung“	928
1. Die gegenwärtige Gesetzeslage	928
2. Zwang zur Immobilität und zu einer retrospektiven Sicht der Richtlinien?	930
3. Die Selektionspflicht und -befugnis der Kammern	932
III. Umfassendere Regelungspflicht für den Gesetzgeber bei Fehlen freiheitssichernder Autonomie im Berufsausübungsbereich	935
1. Grundlagen	935
2. Konsequenzen	938
C. Zusammenfassung	949

§ 11 Sachliche Grenzen der Normierungsgewalt der privatrechtlichen Vereine	953
A. Grenzen der Rechtsetzungsgewalt.	953
I. Die Notwendigkeit einer speziellen Satzungsgrundlage für die Auferlegung bestimmter Berufspflichten.	953
II. Vereinsordnungen und Wertordnung der Grundrechte	962
1. Zur Grundrechtsbindung der Vereinsgewalt	962
2. Der Grundsatz der Interessenabwägung.	973
a) Der Kreis der abzuwägenden Interessen	974
b) Die Notwendigkeit einer generalisierenden Abwägung	984
III. Die Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB als äußerste Schwelle	986
1. Der Individualschutz zugunsten der Normunterworfenen	986
2. Der Schutz des Gemeinwohls	992
3. Der „Verstoß“ einer Standesordnung gegen die guten Sitten.	994
IV. Grenzen aufgrund des Kartellrechts	995
V. Die „einseitige Gestaltungsmacht“ des Vereins als Auslöser für eine generelle „Angemessenheitskontrolle“?	997
1. Einleitung.	997
2. Schranken der Vereinsautonomie, ausgerichtet an Funktion und Ordnungsaufgabe des Instituts	999
a) Grundlagen der Vereinsautonomie und die Bedeutung des Grundsatzes von Treu und Glauben	999
b) Kompensationsmöglichkeiten zur Verhinderung funktionswidrigen Gebrauchs der Vereinsautonomie	1012
aa) Gewährleistung oder Wiederherstellung der Funktionsvoraussetzungen der Vereinsautonomie.	1012
bb) Verstärkung der Vereinsdemokratie	1013
cc) Bildung kollektiver Gegenmacht	1014
dd) Die Beschränkung der Rechtsetzungsmacht des Vereins	1015
c) Aufgreifkriterien.	1023
d) Rechtsinstrumentale Ansatzpunkte	1037
aa) § 315 BGB	1038
bb) § 242 BGB	1044
e) Inhaltliche Ausgestaltung	1047
VI. Strengere Maßstäbe für bestimmte Regelungsmaterien: Die Problematik des Konkurrenzschutzes als Beispiel	1053
1. Problemstellung	1053
2. Gesetzliche Vorgaben und ihre Umsetzung durch die Rechtsprechung	1056
3. Übertragbarkeit auf Standesordnungen	1060
VII. Inhaltliche Bindung von Vereinsordnungen an bestehende Kammerordnungen bei den verkammerten freien Berufen?	1072
1. Die Unanwendbarkeit des Grundsatzes: Staatliches vor privat gesetztem Recht	1072
2. Bindungen, vermittelt über die allgemeinen Zivilrechtsnormen	1073
a) Kammerordnungen als Verbotsgesetze im Sinne des § 134 BGB	1073

b) Bindung des Vereinsrechts an Kammerordnungen über § 138 BGB	1086
B. Grenzen für die Schaffung außerrechtlicher Standesordnungen	1092
C. Zusammenfassung	1095
§ 12 Standesordnungen im Prozeß richterlicher Rechtsfindung bei der Auslegung gesetzlicher Generalklauseln.....	1099
A. Ausgangspunkt: Die Kammerrichtlinien der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe als „Hilfsmittel“ für das Gericht bei der Auslegung der berufsgesetzlichen Generalklauseln.....	1099
B. Grundsätzliches zur richterrechtlichen Ausfüllung von Generalklauseln	1102
I. Generalklauseln als „Stücke offengelassener Gesetzgebung“	1102
II. Die richterliche Freiheit und Gebundenheit bei der Rezeption sozialer Normen und Wertvorstellungen	1108
1. Der individuell-normorientierte Ausgangspunkt	1108
2. Sozialnormabrufende Rechtsnormen – Beispiel: Die Verweisung auf die Verkehrssitte bzw. den Handelsbrauch -	1111
3. Konzeptualisierende Rechtsnormen – Beispiele: Treu und Glauben, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt -	1114
4. Mehrdimensionale Generalklauseln – Beispiel: Die gute-Sitten-Klauseln	1118
5. Die richterliche Richtigkeitskontrolle in sämtlichen Fällen der Verweisung auf außerrechtliche Normen	1123
a) Der Vorrang der rechtlichen Maßstäbe	1123
b) Richterlicher Sozialkonformismus?	1125
6. Die richterliche Ermittlung der beteiligten Verkehrskreise und die Abwägung und Gewichtung von deren Auffassungen und Interessen	1128
a) Die Bestimmung des maßgeblichen Verkehrskreises	1128
b) Die Abwägung und Gewichtung der Auffassungen der beteiligten Verkehrskreise	1132
C. Rückkehr zum Ausgangspunkt: Die Kammerrichtlinien der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe als Hilfsmittel bei der Auslegung der berufsgesetzlichen Generalklauseln	1136
I. Die berufsgesetzlichen Generalklauseln als konzeptualisierende Normen	1136
II. Vorhandensein einer verdeckten normkonkretisierenden Verweisung als antizipierter typologischer Zuordnung?	1137
III. Die Bedeutung der <i>communis opinio</i> des Berufsstandes für die Auslegung der berufsgesetzlichen Generalklauseln	1141
1. Gebundenheit des Richters an die <i>communis opinio</i> oder Blindheit des Richters gegenüber der <i>communis opinio</i> ?	1141

2. Interdependenz von Funktion des Gesetzes und Einfluß der <i>communis opinio</i> ; die Generalklauseln als „internes Standesrecht“ zum Schutz der Berufsstände?	1145
3. Der duale Schutzzweck der berufsgesetzlichen Generalklauseln	1151
4. Die unterschiedliche Maßgeblichkeit der <i>communis opinio</i> des Berufsstandes	1157
a) Berufsgruppeninterne Standespflichten	1158
b) Der Pflichtenumfang im Außenverhältnis	1162
5. Vergleich mit sonstigen „faktischen“ Bindungen des Richters: „ <i>Persuasive Authorities</i> “	1164
IV. Die Kammerrichtlinien und ihr Verhältnis zur <i>communis opinio</i> des Berufsstandes. Die Funktion der Richtlinien als antizipiertes Gutachten und die beweisrechtliche Richtigkeitskontrolle des Gerichts	1172
1. Die gesetzgeberische Intention	1172
2. Prozeßrechtliche Einbindung	1175
3. Vergleich mit „technischen Regeln“	1177
4. Prozeßpraktische Bedeutung	1180
V. Die Grenzen der richterlichen Auslegung und Rechtsfortbildung, insbesondere im ehrengerichtlichen Verfahren	1184
1. Grundsätze	1184
2. Das ehrengerichtliche Verfahren und Art. 103 Abs. 2 GG	1187
3. Das „inhaltsleere“ Gesetz als Grundlage richterlicher Tätigkeit	1191
VI. Exkurs: Schlußfolgerungen für das Verfahren zur Aufstellung der Richtlinien	1193
1. Problemstellung und Stand der Diskussion	1193
2. Der qualitative Aspekt: Notwendige demokratische Legitimation der sachverständigen Feststellungsbefugten?	1196
3. Der quantitative Aspekt: Vergrößerung der Zahl der Befragten?	1199
D. Die Kammerrichtlinien der rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe als Hilfsmittel bei der Ausfüllung sonstiger sozialnormabrfender und konzeptualisierender Generalklauseln	1202
E. Sonstige, insbesondere rechtssatzförmige Standesordnungen als Hilfsmittel bei der Ausfüllung sozialnormabrfender und konzeptualisierender gesetzlicher Generalklauseln	1207
I. Gleichklänge zu den bisherigen, auf die Kammerrichtlinien bezogenen Ausführungen	1207
1. Nichtexistenz von sozialen Normen im Falle des Vorhandenseins von Rechtsnormen?	1207
2. Die Heranziehung der Standesordnungen im Einzelnen	1210
II. Die Problematik einer Übertragung standesinterner Richtigkeitsüberzeugungen auf Außenstehende	1216
1. Das Verhältnis zwischen Ärzten und Heilpraktikern bei der Beurteilung der Sittenwidrigkeit nach § 1 UWG als Beispiel	1216
a) Identifizierende Auffassungen und dagegen gerichtete Kritik	1216
b) Die par condicio concurrentium	1219
c) Das Abstellen auf die Auffassung (nur) der Allgemeinität	1225
2. Die zivilrechtliche Gruppenfahrlässigkeit als weiteres Beispiel	1229

III. Standesordnungen als Bestandteil rechtlicher Maßstäbe	1235
1. Einleitung	1235
2. Generell geltende Kriterien	1236
a) Das Erfordernis der Wirksamkeit	1236
b) Die Beschränkung auf den von der Rechtsordnung festgelegten Adressatenkreis	1236
c) Die Berücksichtigung des Standpunkts der Allgemeinheit im Rahmen der Sittenwidrigkeitsprüfung und das Absehen von einer einheitlichen und allgemein befolgten Standesauffassung	1237
F. Zusätzliche Voraussetzungen für die Heranziehung sozialer und rechtlicher Standesnormen im Rahmen der gute-Sitten-Klauseln	1240
I. § 1 UWG	1241
II. § 138 BGB, § 826 BGB	1244
G. Nochmals: Die Normativität auch außerrechtlicher Standesordnungen: Entscheidungsprognosen und Normhypthesen	1246
H. Zusammenfassung	1250
§ 13 Der Adressatenkreis von Standesordnungen	1253
A. Standesordnungen als generelles Binnenrecht	1253
B. Wirkungen auf Nichtmitglieder	1258
I. Unmittelbare Außenwirkungen	1258
1. Gesetzliche Ausdehnung des Adressatenkreises bei öffentlich-rechtlichen Standesordnungen	1258
2. Allgemeinverbindlicherklärung privatrechtlicher Vereinsordnungen	1259
3. Einräumung von Drittrechten	1262
a) Die privatrechtlichen Vereine	1262
b) Die öffentlich-rechtlichen Kammern	1264
4. Vorschriften der Standesordnungen als Grundlage eines Schadensersatzanspruchs nach § 823 Abs. 2 BGB	1268
a) Grundsätzliche Eignung	1268
b) Die Ermittlung des Schutzzwecks	1274
aa) Schutzgesetze zugunsten der Auftraggeber	1276
bb) Schutzgesetze zugunsten dritter Außenstehender	1281
cc) Schutzgesetze zugunsten der Berufskollegen	1281
dd) Schutzgesetze zugunsten der Mitarbeiter	1284
II. Privatautonom abgeleitete Außenwirkungen	1284
1. Vertragliche Unterwerfung durch Rechtsgeschäft mit der legiferierenden Organisation	1284
2. Vertragliche Unterwerfung durch Rechtsgeschäft mit Einzelpersonen	1286
III. Reflexive Außenwirkungen	1289
IV. Scheinbare Außenwirkungen	1294
V. Der Einfluß von Standesordnungen auf das Vertragverhältnis zwischen Freiberufler und Auftraggeber im Besonderen	1295

1. Einleitung	1295
2. Standesrecht als Konkretisierungs- und Ergänzungsmaßstab	1303
a) Der Ausgangspunkt	1303
b) Die Auffüllung von Vertragslücken durch dispositives objektives Recht	1305
c) Die Bedeutung der Verkehrssitte	1306
d) Weitere Elemente der ergänzenden Vertragsauslegung und der Einfluß von Standesregeln	1310
3. Standesrecht als Grenze des zulässigen Vertragsinhalts	1318
C. Zusammenfassung	1321
Anhang	1323
A. Vorbemerkungen zum Tabellenteil	1323
I. Die Existenz von Standesordnungen	1323
1. Vorbemerkungen zu Tabellen 1 und 2	1323
2. Zur Numerierung der Standesordnungen bzw. der Organisationen in Tabellen 1 bis 10	1325
II. Inhaltliche Analyse der Standesordnungen	1326
1. Vorbemerkungen zu den untersuchten Regelungsmaterien in Tabellen 3 bis 10	1326
2. Zur Numerierung der untersuchten Regelungsmaterien in Tabellen 3 – 10	1328
B. Tabellenteil	1333
Literaturverzeichnis	1479
Sachregister	1619